

Fracking

Brutales Gasbohren gefährdet die Umwelt

Deutschland kann seinen Erdgasbedarf zu 15 bis 16 Prozent selbst decken. Das Gas ist flexibel einsetzbar und ökologisch weniger bedenklich als Kohle und Öl. Allerdings schwinden die Vorräte. Was die Gasbranche dazu bewegt, ihr relativ gutes Image vor allem dafür einzusetzen, dass ein von der Normalförderung abweichendes, höchst bedenkliches Verfahren zur Gasexploration hoffähig wird: das „hydraulic fracturing“ (kurz auch „Fracking“ genannt). Auch in Deutschland soll dieses höchstgefährliche Verfahren gleich an mehreren Stellen in Nordrhein-Westfalen zum Einsatz kommen.

Mit dem Fracking sollen künftig auch kleine Gasblasen, die sich in Gestein, Kohle oder Schiefer quasi „verkapselt“ haben, ausgebeutet werden. Kritisch bei dieser Technologie ist, dass neben Press-Wasser und Sand auch hoch giftige Chemikalien ins Bohrloch gepresst werden. Mit Aufbringen des Drucks (300-1000 bar) reißt der Untergrund in 1.000 – 4.000 Meter Tiefe auf, wobei sich Sand und Chemikalien so in

In den USA sind die Folgen von Fracking 493.000 Bohrlöcher und ein zerstörtes Landschaftsbild. Hinzu kommt kontaminiertes Grund- und Trinkwasser



Foto: www.greenfudge.org

die entstehenden Spalten setzen, dass das vorhandene Gas problemlos zum Bohrloch abfließen kann. Jeder Fracking-Vorgang erzeugt ein Erdbeben, das die Stärke von maximal 3,5 auf der Richterskala erreichen kann. Gravierendere Auswirkungen aber dürfte der Chemiecocktail haben, der zu 20 bis 85 Prozent im Boden verbleibt.

Auch das mit dem Gas aufsteigende Wasser – das als Sondermüll entsorgt oder neuerlich in Abbaubereiche injiziert wird – stellt eine Gefahr dar. Sie steckt in den Resten des Chemiecocktails (Toluol, Benzol, Xylol etc.), aber auch im aufsteigenden Lagerstättenwasser, das ebenfalls schädliche Beimengungen (Quecksilber, Benzol, radioaktives Radon etc.) enthalten kann.

Weder beim Einpressen noch beim Zurückführen des gefährlichen Gemisches dürfen die giftigen Zusätze mit dem Grundwasser in Berührung kommen. Gleiches gilt für die in der Tiefe verbleibenden Flüssigkeitsreste. Gerade Letztere geraten außer Kontrolle, denn niemand weiß, wie sie sich in den Folgejahren/-jahrzehnten durch die Klüfte, Verwerfungslinien und Störungszonen bewegen, um irgendwann Trinkwasserquellen zu kreuzen oder anderweitig die Erdoberfläche zu erreichen. Auch unplanmäßige Gasaustritte bei nicht zentrisch im Bohrloch verlegten (und damit unzuverlässig einzementierten) Stahlrohren stellen eine Bedrohung dar.

Das Fracking wird seit mehreren Jahren vor allem in den USA angewendet. Dort liegt sein Förderanteil bei knapp 10 Prozent. Die Folge sind heute 493.000 Bohrlöcher und ein zerstörtes Landschaftsbild. Hinzu kommt, dass in mehreren Fällen Grundwasser und damit die Trinkwasser-Reservoirs von Ortschaften und Städten kontaminiert wurden. Im Staat New York läuft inzwischen ein Verbotsverfahren. Auch in Frankreich und Australien wurde die Förderung ausgesetzt. Nachdem das



Fracking vor drei Jahren in Niedersachsen von der schwarz-gelben Regierung durchgewunken wurde, soll es jetzt auch in NRW „krachen“.

Hauptakteur ist der US-amerikanische Konzern Exxon, der 12 Claims erworben und erste Probebohrungen ins Auge gefasst hat. Als das Ansinnen ruchbar wurde, waren die Anlieger schockiert. Nicht nur, dass Kommunen und Bürger kein Mitspracherecht bei geologischen Erkundungen, Probebohrungen und Erschließungen haben, auch das Genehmigungsverfahren hat es in sich. Es stammt aus dem Jahre 1873, privilegiert die „ausbeutungswilligen“ Unternehmen zu Lasten der Bodenbesitzer und schreibt weder eine wasserrechtliche noch eine Umweltverträglichkeitsprüfung vor.

Vor allem die Bürger von Nordwalde, Drensteinfurt und Borken-Wirthe sind diesem Konstrukt aus Gift und Gier auf die Schliche gekommen. Seitdem laufen sie Sturm – zum Leidwesen der Landesregierung, die vom geförderten Gas profitieren würde. In der letzten Märzwoche aber mussten die Politiker den Forderungen der Bevölkerung stattgeben. Sie kamen mit Exxon überein, dass weitere Erkundungen bis zum Jahresende ausgesetzt werden. Erst wenn das von der Bergbaubehörde eingeforderte wasserrechtliche Gutachten sowie das Gesamt-Gutachten zum „Fracking“ vorliege, könne weiter entschieden werden.

Weitere Infos unter: www.stoerfall-zukunft.de/blog?start=7

Ulrich Scharfenorth, Ratingen und Helder Yurén, Wettringen